

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 44. Charlottenburg, Freitag, den 4. November 1921. 48. Jahrg.

Die Unfallverhütung der Berufsgenossenschaften.

Wie aus dem Bericht des Reichsversicherungsamts für 1920 zu ersehen, haben eine Anzahl von Berufsgenossenschaften ihre Unfallverhütungsvorschriften revidiert und genehmigt erhalten. Die Fertigstellung von Schutzvorschriften ist in ihren Einzelheiten bei den Berufsgenossenschaften und zuletzt beim Reichsversicherungsamt immer ein ganz eigenartiges und oft ein recht interessantes Kapitel. Abgesehen davon, daß die in Betracht kommenden Vorstände dieser Körperschaften und die amtlichen Organe Jahre, oft sogar mehr wie ein Jahrzehnt gebrauchen, um sich zu einem Verständnis und zu der Notwendigkeit eines solchen Vorgehens durchzuringen, so wird dabei der Sozialpolitiker aus den Kreisen der Versicherten das Gefühl nicht zurückweisen können, daß es sich bei diesen Organen nicht um den Schutz der Arbeiter, sondern um den der Unternehmer handelt. Wie in allen Berufen, Industrien usw. die Technik, die Materialkunde und die praktische Arbeitsweise fortschreitet, so muß auch dementsprechend die gewerbliche Gesundheitstechnik in den Schutzvorschriften irgendwelcher Art zum Ausdruck kommen und so fortlaufend von Jahr zu Jahr geändert und revidiert werden. An diesem praktischen Ausbau dieser Vorschriften hat der Arbeiter und allgemein die Volkswirtschaft das größte Interesse. In den Vordergrund wird hierbei die Persönlichkeit des Arbeiters treten müssen. Jede Unterlassung oder Vernachlässigung praktischer Schutzeinrichtungen in den gewerblichen Betrieben kann seine Arbeitskraft entwerten, den geistig-ethischen Inhalt seines Lebens zerstören, seine Gesundheit und sein Leben vernichten. Daher auch die selbstverständliche Forderung der Arbeiterschaft, daß sie bei der Schaffung solcher Vorschriften durch ihre Vertreter an erster Stelle als maßgebend mitberaten und beschließen müssen. Daraus ergibt sich auch die Folgerung, daß sie auch das Recht für sich in Anspruch zu nehmen hat, die Durchführung dieser Vorschriften in den gewerblichen Betrieben mit zu überwachen. Also nicht um den gesundheitlichen oder materiellen Schutz der Unternehmer handelt es sich hierbei, sondern um den Schutz der Arbeiter, die ohne Ueberschätzung in Verbindung mit der wissenschaftlichen Technik die gesellschaftlichen Werte erzeugen.

Bei der Schaffung der Berufsgenossenschaften mit der streng abgeschlossenen Form von Zwangsorganisationen der Unternehmer im Anfang der achtziger Jahre hat man sich auch solcher gewaltigen Einflüsse, die aus dem Untergrund des Bewußtseins bei dem Gesetzgeber emporstiegen, nicht ganz erwehren können und hat deshalb eine Methode zur Anwendung gebracht, durch welche der Schein einer gleichberechtigten Teilnahme gesichert wird und so die Mitwirkung der Arbeiter der kapitalistischen Produktionsweise nicht gefährlich werden kann. Daher ist auch der Zusammenhang des gewerblichen Arbeiterschutzes im Deutschen Reich so äußerst kompliziert und dadurch gekennzeichnet, daß bei allem Wandel der Zeiten bis jetzt das Zustandekommen nur unter großem Zeitverbrauch und nur zu einem ganz geringen Teile durch die Mitwirkung der Arbeiter vor sich gehen kann. Der Vordringende der Unfallverhütung bei den Berufsgenossenschaften läßt sich wie folgt darstellen:

Nach dem alten Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 bis zum Erlaß der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 waren die Berufsgenossenschaften „befugt, für den Umfang des Genossenschaftsbezirks oder für bestimmte Industriezweige oder Betriebsarten oder bestimmt abzugrenzende Bezirke Vorschriften zur Verhütung von Unfällen zu erlassen und unter Bedrohung des Zuwiderhandelns ihrer Mitglieder die Durchführung durch eine Einschätzung in eine höhere Gefahrenklasse oder mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrage ihrer Beiträge zu erzwingen“ (§ 78). In

dem Unfallversicherungsgesetz von 1900 werden diese Maßnahmen dahingehend erweitert, „daß die Genossenschaft befugt ist und im Aufsichtsweg (durch das Reichsversicherungsamt) angehalten werden kann“, solche Vorschriften zu erlassen. Gegen Zuwiderhandelnde kann außerdem mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mk. vorgegangen werden (§ 118). Anders die Reichsversicherungsordnung von 1911, die kurz fordert: „Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Zuwiderhandlungen der Mitglieder gegen die Vorschriften können mit Geldstrafen bis zu 1000 Mk. und die der Versicherten bis zu 6 Mk. bestraft werden (§§ 848 und 851). Die letztere Strafe ist schon in dem alten Unfallversicherungsgesetz von 1884 und in dem von 1900 vorgesehen. Wie in diesen Gesetzen, so ist auch in der Reichsversicherungsordnung eine sehr einschneidende Maßnahme festgestellt, es heißt da: „Wird strafgerichtlich festgestellt, daß der Unternehmer, Bevollmächtigte oder Repräsentant des Unternehmers, Betriebs- und Arbeiter-aufsicher den Unfall vorsätzlich oder fahrlässig mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit herbeigeführt haben, zu welcher sie vermöge ihres Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, so haften sie für das, was Gemeinden, Armenverbände, Krankenkassen usw. infolge des Unfalls nach Gesetz oder Satzung aufwenden müssen. Sie haften auch, wenn strafgerichtlich festgestellt worden ist, daß sie bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst gehandelt haben und dadurch der Unfall herbeigeführt worden ist. Unternehmer und ihnen Gleichgestellte haften der Genossenschaft für deren Aufwand auch ohne strafgerichtliche Feststellung usw.“ (§§ 899, 900, 903.)

Inwieweit hierbei noch die Betriebsräte oder die Baudelegierten als mit strafrechtlich haftbar anzusehen sind, ist noch eine offene Frage. —

Die Berufsgenossenschaften unterstehen der Aufsicht des Reichsversicherungs- oder des Landesversicherungsamts (wenn das letztere für einen Bundesstaat errichtet ist). Führen sie ihre Geschäfte nicht ordnungsgemäß, so können diese auf Kosten der Genossenschaft durch die vorgenannten Behörden selbst oder durch Beauftragte geführt werden (§ 689). Dem Reichsversicherungs- oder den Landesversicherungsämtern ist der Entwurf von Unfallverhütungsvorschriften zur Prüfung und Genehmigung einzureichen. Zur Beratung und Beschlussfassung über diesen Entwurf hat der Genossenschaftsvorstand das Reichsversicherungsamt einzuladen und die Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder hinzuzuziehen. Dies gilt auch entsprechend für Gutachten über Schutzvorschriften auf Grund des § 120e, Absatz 2 der Gewerbeordnung. Ist die Genossenschaft in Sektionen eingeteilt, so haben deren Vorstände bezüglich der Vertreter der Versicherten ebenso zu verfahren. (§§ 853, 854, 855.) Neuestens beachtenswert ist auch der § 857: „Alljährlich nimmt der Vorstand unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung und regt Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen.“ Auch hierzu muß das Reichsversicherungsamt oder Landesversicherungsamt eingeladen werden. Außerdem ist vor der Genehmigung den Beteiligten obersten Verwaltungsbehörden (Ministerien) Gelegenheit zu geben, sich über die Unfallverhütungsvorschriften gutachtlich zu äußern; für Betriebe, die unter bergpolizeilicher Aufsicht (wie Steinbrüche, Bergwerke usw.) stehen, hängt die Genehmigung von der Zustimmung der obersten Verwaltungsbehörde ab.

Die Vertreter der Versicherten mit je zwei Ersatzmännern werden von den Besitzern der Oberversicherungsämter nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt, in deren Bezirk die Ge-

Genossenschaft oder die Sektion Mitglieder hat. Wahlberechtigt sind nur solche Meister, welche als Vertreter der Versicherten berufen sind und nicht dem Bereiche der landwirtschaftlichen oder der See-Vereinsgenossenschaft angehören. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist demnach nur, wer volljähriger Deutscher ist und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, gegen Unfall versichert ist und in einem Betriebe, welcher der Berufsgenossenschaft angehört, beschäftigt wird. Die Grundlage zur Wahl dieser Vertreter bildet die Wahl der Versicherungsvertreter für die Versicherungsämter durch die Vorstände der Krankenkassen. Diese Versicherungsvertreter wählen dann die Meister zu den Oberversicherungsämtern auf. — Die Wahlzeitdauer beträgt 4 Jahre, nach dem Unfallversicherungsgesetz von 1900 5 Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl geht nach einem Wahlreglement unter der Leitung des Reichsversicherungsamts vor sich, wo die Vorschlagslisten einzureichen sind. Die Tätigkeit eines Vertreters der Versicherten ist ehrenamtlich. Die Berufsgenossenschaft erstattet ihnen ihre baren Auslagen und gewährt ihnen Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst oder statt dessen einen Pauschalbetrag für Zeitverlust. Der Vorsitzende der Genossenschaft setzt diese Vergütung fest und muß diese durch das Reichsversicherungsamt genehmigt werden. Bis in die neuere Zeit hinein sind diese Pauschalbeträge so minimal bemessen gewesen, daß es wohl zu verstehen ist, wenn sich die Arbeiter dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu entziehen suchten.

Die letzte Wahl dieser Vertreter ging nach dem Unfallversicherungsgesetz von 1900 im Jahre 1905 für die Wahlzeitdauer von 1906 bis 1910 vor sich. Seit der Zeit sind, veranlaßt durch die Schwierigkeiten bei dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung und durch den Krieg sowie durch die in Aussicht genommene Umgestaltung der Sozialgesetze, keine Neuwahlen vor sich gegangen. Auf Grund von Bundesratsverordnungen und sonstigen Notbehelfen ist die Amtsdauer der Vertreter der Versicherten und deren Ersatzmänner verlängert worden, wobei eventuell aus den verschiedenen Wahlvorschlagslisten Ersatzmänner zur Hilfe herangezogen werden. Der Willkür ist hierbei Tor und Tür geöffnet. Eine andere Frage ist jedenfalls hierbei, inwieweit diese Maßnahmen und das ganze Wahlverfahren noch im Zusammenhang mit unserer demokratischen Zeit und im Einklang mit dem Vertrauen der versicherten Arbeiter steht.

Der Entwurf von Unfallverhütungsvorschriften oder deren einzelne Aenderungen werden von dem Vorstand der Genossenschaft ausgearbeitet, wobei den Vertretern der Versicherten eine Mitwirkung nicht gestattet ist. Das Reichsversicherungsamt kann seine Genehmigung von Aenderungen dieser Vorschriften abhängig machen und bestimmt dabei auch, ob zu dieser beschließenden Beratung Vertreter der Versicherten zugezogen werden sollen. Dasselbe Recht steht auch dem Reichsversicherungsamt zu, wenn die Genossenschaftsversammlung die Beschlüsse, die der Vorstand und die Vertreter der Versicherten gefaßt haben, ändert oder wenn Unfallverhütungsvorschriften oder Teile von ihnen nicht lediglich für einzelne Sektionen gelten sollen. Und als ganz besonders beachtenswert wird angesehen werden müssen, daß die endgültige Beschlussfassung über diese Vorschriften in der Genossenschaftsversammlung erfolgt, wobei die Vertreter der Versicherten ausgeschlossen sind. Zusammengefaßt: Haben diese Arbeitervertreter bei der Ausarbeitung des Entwurfs und bei der endgültigen Beschlussfassung kein Recht mitzuwirken und nichts zu sagen. Im übrigen bestimmt nicht unbedeutend das Reichsversicherungsamt, inwieweit diese Vertreter sonst noch zu den einschlägigen Fragen hinzuzuziehen sind.

Aber wie vollziehen sich denn die Beratungen, wo die Arbeitervertreter „mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl“ teilnehmen sollen? Ist es da überhaupt möglich, daß die Arbeiter ihren Schutzforderungen (Vorschläge, Anträge usw.) Geltung verschaffen können? Wie oft wahrzunehmen, ist dabei das eine festzuhalten, daß auch hier die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ihre Schatten voraussendete. Um bei diesen Beratungen die Arbeiterforderungen mit Nachdruck zu vertreten, gehört für ihre Vertreter ein fester Wille und der Charakter einer unbeugsamen Kampfnatur, und das fehlt oft. Die Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Außerdem sind die Arbeiter sich oft über das, was sie wollen, nicht einig. Während der Vorstand der Genossenschaft genau weiß, nach welcher Richtung die Forderungen gehen soll, sind die Arbeiter sich uneinig, schwankend und unentschieden bei der Vertretung ihrer Forderungen. Das wirkt um so mehr nachteilig, wo der Genossenschaftsvorstand soviel Macht bleibt. Denn da, wo die Arbeitervertreter zu ihren Forderungen eine entschlossene Haltung einnehmen und die Stimmen bei der Beschlussfassung sich „in gleicher Zahl“ gegenüberstellen, entscheidet bei Stimmgleichheit der Vorsitzende der Genossenschaft (§ 3). Dieser Wundermann der Genossenschaften hat zwei Stimmen, und zwar erstmals bei der Abstimmung als Mitglied des Genossenschaftsvorstandes und dann

nochmals, um die Entscheidung zugunsten des Vorstandes herbeizuführen (sic!).

Wie schon angeführt, haben auf Grund des § 120 e, Absatz 2 der Gewerbeordnung auch die beteiligten Vorstände der Genossenschaften mit den Arbeitervertretern das Recht, die Entwürfe von Schutzvorschriften der Bundesregierungen und der Polizeibehörden zu begutachten. Dann wiederholt sich in den meisten Fällen die vorstehend gezeichnete Komödie. Derartige Vorschriften werden auf Anregung der Arbeiter allgemein dann erlassen, wenn die genossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften nicht genügen. Die Berufsgenossenschaften stehen einem derartigen Vorgehen der Arbeiter und solchen Entwürfen durchweg abweisend und mißtrauisch gegenüber. Wir werden auch in der übergroßen Zahl der Fälle offen wahrnehmen können, daß die Berufsgenossenschaften sich gar nicht veranlaßt fühlen, die weitergehenden Vorschriften der Behörden, die mit ihren Unfallverhütungsvorschriften im klar verständlichen Widerspruch stehen, aufzunehmen. So gab z. B. eine Berufsgenossenschaft für ihre neueren Vorschriften der Einleitung folgende Fassung: „Verordnungen der Landespolizeibehörden und andere obrigkeitliche Vorschriften gelten unverändert neben diesen Unfallverhütungsvorschriften.“ — Ähnlich so werden sich die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaften um die Durchführung der behördlichen Vorschriften wenig bemühen, für sie bleiben nach wie vor die Unfallverhütungsvorschriften ihrer Arbeitgeber maßgebend.

Der technische Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaften ist in der Arbeiterpresse wiederholt der Gegenstand eingehender Kritik gewesen. An der Hand der Unfallzahlen weiß man bei diesen Genossenschaften und im Reichsversicherungsamt sehr gut, daß diese Betriebsbesichtigungen und die Zahl der hierzu angestellten Aufsichtsbeamten auf keinen Fall ausreichen. Aber man ist enttäuscht, wenn jeder Betrieb im Jahr ein- oder zweimal besichtigt wurde. Im übrigen versucht man jetzt, um die Anstellung von Arbeiterkontrolluren zu verhindern und um Kosten zu sparen und die eigene Verantwortlichkeit abzuschwächen, die Betriebsräte als „Unfallvertrauensmänner“ zu einem bezahlten Organ der Berufsgenossenschaften zu machen. Das werden Arbeiter auf alle Fälle abzulehnen haben.

Das Reichsversicherungsamt mit seinen weitgehenden Machtbefugnissen zur Unfallverhütung kennt die großen Schwächen des ganzen berufsgenossenschaftlichen Arbeiterschutzes und kann auf diesem Gebiet die Dringlichkeit von Reformen nicht mehr zurückweisen. Aber nach der liberal schillernden „Humanität“ dieser Bureaucratie dürfen sich die Arbeiter derartige Vorschläge nicht erlauben. In solchen Fällen setzt man „Himmel und Hölle“ in Bewegung, um eine „gewerbliche Schädigung“ der Unternehmer zu verhindern. Soll in unserer soviel betonten demokratischen Zeitperiode sich hier endlich ein Wandel vollziehen, dann muß der gewerbliche Schutz der Arbeiter unabhängig von diesen Unternehmerorganisationen unter der Mitwirkung der praktischen Technik aufgebaut werden.

G. Heintz.

Industrie und Reichsfinanzen.

Von Dr. R. Rucznski.

Früher herrschte bei uns der Glaube, daß gute Jahre für die Landwirte allgemeinen Wohlstand bedeuten: hat der Bauer's Geld hat's die ganze Welt. Und doch hatte Ricardo schon im Jahre 1815 geschrieben: „Das Interesse des Landwirts ist immer dem Interesse jeder anderen Gesellschaftsklasse entgegengesetzt; seine Lage ist nie so glänzend, wie wenn Nahrungsmittel knapp und teuer sind, während alle anderen Menschen großen Vorteil davon haben, Nahrungsmittel billig zu bekommen.“ Heute spürt der deutsche Städter tagtäglich am eigenen Leibe die Wahrheit der Lehre Ricardos. Aber er ist nur zu geneigt, wieder in einen ähnlichen Felsen zu verfallen wie früher und nunmehr zu glauben, daß das, was die Industrie gut sei, auch für die Allgemeinheit von Vorteil sein müsse.

Diese Auffassung ist bei der öffentlichen Beurteilung des Wiesbadener Abkommens besonders deutlich hervorgetreten. Das Abkommen besagt: Die Lieferungen bis 1. Mai 1926 werden Deutschland nicht im vollen Wert, sondern nur mit 35 Proz. des Wertes gutgeschrieben, die restlichen 65 Proz. werden auf die nach dem 1. Mai 1926 fälligen Zahlungen angerechnet. Das bedeutet, wenn Deutschland im Jahre 1922 für 2 Milliarden Goldmark Lieferungen leistet, so werden ihm davon zunächst nur 700 Millionen Goldmark gutgeschrieben, während die Reichsregierung den deutschen Unternehmern natürlich die Lieferungen im Wert von 2 Milliarden Goldmark voll bezahlen muß. Deutschland müßte also der Entschädigung — bei einer gesamten Jahresverpflichtung von 3,3 Milliarden Goldmark — neben den Sachlieferungen in Höhe von 2 Milliarden Goldmark noch 3,3 — 0,7 = 2,6 Milliarden Goldmark in Devisen leisten. Sicherlich ist dies Abkommen, das die Finanzen

zung von Sachleistungen für die Franzosen recht verlockend gestaltet hat, für die deutsche Industrie, die großen Bestellungen entgegensehen darf, sehr vorteilhaft, aber es bedeutet eine ungeheure Gefahr für die Reichsfinanzen und damit für die Gesamtheit des deutschen Volkes. Allerdings hat Rathenau erklärt: „Wenn man berücksichtigt, daß die Goldleistungen schwerer auf Deutschland lasten als irgendeine andere Bürde, und daß bei der Fortdauer der Goldleistungen die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der Staatsfinanzen verknüpft ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die teilweisen Vorleistungen von vier Jahren, finanziell betrachtet, das weitaus kleinere Uebel sind.“ Er meint also, daß es — um bei dem obigen Beispiel zu bleiben — für das Reich ein weit kleineres Uebel sei, 2,6 Milliarden Goldmark in Form von Gold (Devisen) an die Entente und 2 Milliarden Goldmark in Form von Papier (Schatzanweisungen, Banknoten) an die deutschen Unternehmer zu zahlen, als 3,3 Milliarden Goldmark in Form von Gold (Devisen) an die Entente. Diese Meinung ist aber leider nicht richtig. Denn wenn das Reich den deutschen Unternehmern den Gegenwert von 2 Milliarden Goldmark in Papier, d. h. also mindestens 40 Milliarden Papiermark zahlen soll, so würde durch die damit bedingte Inflation der Wert der Mark im Inland und im Ausland dermaßen sinken, daß es schwieriger würde, die Devisen für 2,6 Milliarden Goldmark zu beschaffen, als ohne diese neue Inflation für 3,3 Milliarden Goldmark. Je größer die Sachlieferungen sein werden, desto größer wird auch das Defizit im Reichshaushalt. Je größer also der Vorteil für die Industrie sein wird, desto größer wird der Nachteil für die Allgemeinheit.

Auch bei Beurteilung der Kreditaktion der Industrie ist die öffentliche Meinung in Deutschland auf Abwege geraten. Es ist richtig, daß infolge der unerhörten Gewinne der Industrie die privaten Unternehmungen im Ausland noch Kredit genießen, während das Reich — nicht zuletzt infolge einer leichtfertigen Finanzpolitik, die die Besitzenden immer wieder steuerlich geschont hat — im Ausland für kreditunwürdig gilt. Es ist daher an sich zu begrüßen, wenn der ausländische Kredit der Industrie zur Beschaffung von Devisen für das Reich ausgenutzt wird. Aber es wird meist übersehen, daß es sich hier im Grunde nur um eine Kreditvermittlung seitens der Industrie handelt, und daß das Reich die Verzinsung und Tilgung der Kredite, die die Industrie aufnimmt, seinerseits zu leisten hat. Vor allem aber wird nicht genügend beachtet, welche Vorteile die Industrie aus diesem „Opfer“ ziehen kann. Es ist selbstverständlich, daß sich die fremden Kreditgeber Unterpfänder geben lassen. Diese Unterpfänder werden nun bei der geplanten „Erfassung der Sachwerte“, wie bei jeder künftigen Vermögensabgabe, dem Zugriff des Reichs entzogen sein. Wer da weiß, wie sehr die Steuerlabotage zu einer Lieblingsbeschäftigung unserer Besitzenden geworden ist, kann also der weiteren Entwicklung nur mit großer Sorge entgegensehen. Hoffentlich gilt einmal nicht auch von dieser Kreditaktion: Je größer der Vorteil für die Industrie, desto größer der Nachteil für die Allgemeinheit.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Sturz der Mark. — Die Anleihe der Industrie. — Bessere Beschäftigung in der Industrie. — Weitere Preiserhöhungen. — Die Lage auf dem Häutemarkt. — Der Rückgang des Frachtemarktes. — Neue Syndikate.

Der katastrophale Sturz der Mark verschärft in nie geahnter Weise die Unsicherheit unserer Finanzlage und muß volkswirtschaftlich das Ungesunde der Entwicklung bis zum Unerträglichen steigern. Bei einer Entwertung der Mark, wie wir sie jetzt zu verzeichnen haben, ist die Beschaffung von Zahlungsmitteln, die die Entente für die Reparationsleistungen fordert, ganz unmöglich. Die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie bringt eine Preissteigerung mit sich, die ihre Rückwirkung auch auf die übrige Preisbildung im Innern weit über alle bisherigen Grenzen hinausstreift. Wenn es uns nicht gelingt, die Nachfrage nach Devisen auf das notwendige Maß herabzudrücken, die wilde Spekulation an der Börse auszumerzen, so wird die Hoffnung, daß wir die Mark auf den tatsächlichen Wert auch im Außenhandel wieder hinaufbringen, aussichtslos. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Spieltheorie, die bei solchem sprunghaften Niedergang der Kurse den größten Anreiz erfährt, sind aussichtslos, solange wir nicht in der Lage sind, die eigentliche Ursache dieser Bewegung zu beseitigen. Wir kommen aus diesem unleidlichen Zustand nicht heraus, wenn wir nicht unser Finanzgebaren im Innern auf eine solidere Grundlage stellen und zur Bestreitung der großen Anforderungen, die die Entente an uns stellt, den Zugriff in die großen Vermögenswerte mit aller Entschiedenheit zur Durchführung bringen. Der Weg, den wir bisher beschritten haben, ist unhaltbar und treibt zur restlosen Entwertung unserer Zahlungsmittel.

Eine Erleichterung in unserem Finanzgebaren könnte immerhin das Projekt bieten, daß von Industrie und Landwirtschaft

zum Vorschlag gebracht wird. Gelingt es diesen Preisen, eine größere Summe (erforderlich wären mindestens 2 bis 3 Milliarden) in ausländischen Werten durch eine Anleihe hereinzubringen, so wäre mit diesem Mittel ein sehr merkbarer Eingriff in die Finanzwirtschaft des Reiches möglich und die Rückkehr zu einem erträglichen und stabilen Kurs der Mark gegeben. Die Hilfe muß sehr schnell einsetzen, damit wir vor weiteren Zerrüttungen unseres Marktkurses bewahrt werden und zugleich auch die innere Rückwirkung auf unsere Volkswirtschaft vermieden wird. Die Regierung wird mit großer Vorsicht das Angebot der Industrie prüfen müssen, denn die Ausführung darf nicht etwa dahin gerichtet werden, daß im Endergebnis die Industrie bei der Rückzahlung des Darlehens noch ein ganz leidliches, wenn nicht gutes Geschäft abschließt. Es muß vielmehr ein deutlich sichtbares Opfer des Besitzes vorhanden sein, nicht aber, daß schließlich die Abtragung der Last vollständig der großen Masse aufgebürdet wird.

So trostlos unsere Finanzwirtschaft aussieht, die Industrie gedeiht auf diesem schwankenden, unsicheren Boden sehr gut und zeigt eine stark aufwärtstreibende Tendenz. Man nützt die Konjunktur aus mit allen ihren Vorteilen, soweit der Auslandsmarkt in Frage kommt; aber auch auf dem Inlandsmarkt vermehrt sich die Nachfrage, und die Aufträge kommen in überstürzter Hast. Unter dieser Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit, das ist das Erfreuliche, erheblich zurückgegangen. Bei einigen Berufen stellt sich bereits Mangel an geeigneten Kräften ein. Die Rückwirkung auf den Warenmarkt bei dieser schnellen Aufwärtsbewegung zeigt sich in einer übereilten Bedarfsdeckung. Alles flüchtet vor den weiteren Preissteigerungen, die in Aussicht stehen. Die Industrie sucht möglichst Bestände an Rohmaterial hereinzuholen und treibt damit die Anforderungen weiter in die Höhe. Der Zustand bietet gegenwärtig manche Vorteile, aber er läßt auch die bange Sorge aufkommen, wie bei einem Rückgang der Konjunktur und nachdem diese Welle des Auftriebs vorüber ist, der Warenmarkt sich gestalten wird und in welche schwere Krise der Absatzstockung müssen wir später hineintreiben.

Unter diesem zügellosen Treiben geht die Preisbewegung auf dem Inlandsmarkt weiter sprunghaft in die Höhe. Die Kosten der Lebenshaltung steigern sich von Monat zu Monat und lösen neue Lohn- und Gehaltsforderungen aus. Industrie und Handel wehren sich gegen jeden Eingriff in diese planlosen Preisbewegungen. Man will in dem Wettrennen der hohen Profite keine Hindernisse aufkommen lassen. Typisch hierfür ist die Lage des Eisenmarktes, die sich in kurzer Zeit vollständig geändert hat. Die noch vor einem Monat geltenden Höchstpreise waren bei der ungünstigen Marktlage unter das Niveau der Festsetzung gesunken, schnellen nun aber über die damals gesetzte Grenze weit hinaus. Es werden deshalb Stimmen laut, die verlangen, daß wiederum Höchstpreise für Eisen und Stahl festgesetzt werden und die Ausfuhr eine stärkere Drosselung erfährt, damit der Inlandsmarkt genügend beschickt werden kann; es mehren sich bereits wieder die Klagen, daß die inländische Industrie nicht genügend versorgt wird, da die Hüttenwerke zu den höheren Preisen ins Ausland liefern. Aber die Schwerindustrie will von einem Eingriff in die Preisbestimmung nichts wissen und setzt sich im Eisenwirtschaftsbund sehr zur Wehr gegen die von der Arbeitnehmerseite geforderten Höchstpreise. Es werden alle Register gezogen, um die verhasste Zwangswirtschaft in Mißkredit zu bringen. Es steckt aber nichts anderes hinter dieser abwehrenden Haltung der Schwerindustrie, als das Bestreben der Sicherung einer uneingeschränkten Ausnutzung der Gewinnchancen. In keinem Industriezweig ist es leichter, die Preisfestsetzung unter Kontrolle zu bringen, als in der Schwerindustrie, da die Zahl der Unternehmungen verhältnismäßig klein ist und ihre Kontrolle in Absatz und Preisbildung leichter durchführbar sich gestaltet, als in irgendeinem anderen Industriezweige.

Recht unerfreulich gestalten sich leider auch wieder die Preise auf dem Häutemarkt. Innerhalb zweier Monate sind die Preise so sprunghaft in die Höhe gegangen wie nie zuvor. In der nachfolgenden Uebersicht sind die Preisbewegungen bei den Hamburger Auktionen von August bis Ende September gegenübergestellt und berechnet, welcher Mehrerlös Ende September gegenüber dem August im Durchschnitt für jedes Fell erzielt wurde

Hamburger Auktion.

Es wurden gezahlt für		8. August	28. Septemb.	Mehrerlös pro Haut
		M.	M.	M.
Ochsenhäute	pro Pfund	12,10	18,35	281,25
Kalbsfelle	„	15,70	37,60	197,10
Rohhäute	„ Stück	319,—	500,—	181,—
Schaffelle	„ Pfund	5,20	8,55	20,10
Ziegenfelle	„ Stück	98,—	120,—	22,—

Die Preisbewegung hängt sehr eng zusammen mit der Entwertung unserer Valuta, da wir aus dem Häuteanfall bei den in-

ländischen Schlachtungen den vollen Bedarf nicht befriedigen können. Wir decken gegenwärtig noch ungefähr die Hälfte des Verbrauchs aus dem Ausland. Bei dieser Lage des Häutemarktes müssen natürlich der Handel, die Lederverarbeitende Industrie, die Gerbereien und die Fleischerereien große Gewinne einbringen. Da wir eine Uebersicht über die Zahl der Schlachtungen in Deutschland haben, so läßt sich aus den letzten zwei Monaten eine Uebersicht gewinnen, wie hoch der Gewinn sein muß, den die genannten Interessengruppen erlangt haben. In der nachfolgenden Zusammenstellung ist diese Berechnung angesetzt und die Umrechnung des Mehrerlöses im Gesamtbetrag festgestellt.

Aus der heimischen Schlachtung fielen Felle an:

		Mehrerlös
Großviehhäute	200 000 Stück	58 250 000 M.
Kalbfelle	28 000 "	55 188 000 "
Rohhäute	10 000 "	1 810 000 "
Schaffelle	100 000 "	2 010 000 "
Ziegenfelle	25 000 "	550 000 "
		<hr/>
		115 808 000 M.

Es sind also nicht weniger als 115,8 Millionen Mark Konjunkturgewinne in diesen zwei Monaten der Häute- und Lederindustrie zugefallen, ganz abgesehen von den Gewinnen — die ungefähr noch einmal soviel ausmachen dürften — die aus dem Verkauf im Ausland und der Verarbeitung der Felle im Inland erzielt wurden.

Der Seeschiffsverkehr steht andauernd unter dem schweren Druck eines großen Ueberflusses an Seefahrzeugen. Die Reedereien sind gezwungen, ganz unrentable Fahrten auszuführen. Die Frachtaufnahme ist an einigen Plätzen so gering, daß die Fahrzeuge mit Ballast ihre Rückfahrten antreten müssen. Die noch im vorigen Jahre hochgeschraubten Frachtsätze haben einen enormen Sturz erfahren und sind heute auf ein sehr mäßiges Niveau herabgesunken. Es fehlt in dem großen Weltmarktverkehr der rege Güteraustausch, wie wir ihn vor dem Kriege zu verzeichnen hatten und überraschenderweise ist die Zahl der Schiffe so schnell in die Höhe gegangen, daß heute Welttonnage bereits weit über den Verlust während des Krieges hinausgekommen ist. Besonders Amerika hat auf seinen Werften die Neubauten so gesteigert, daß sein Schiffspark sehr bald die englische Stellung überflügeln wird.

Zwei sehr wichtige Syndikate sind im Entstehen begriffen, nachdem die Zwangsverwirtschaftung für ihre Erzeugnisse aufgehoben ist. Wir hatten schon berichtet, daß das Zuckersyndikat die Interessenten zusammenfassen wird, um preisregelnd und den Absatz ordnend einzugreifen. Nach den neueren Berichten scheint diese Syndikatsbildung unter Dach und Fach zu sein, und die Konsumenten werden sehr bald erfahren, was ihnen bei dieser neuen Zwangswirtschaft bevorsteht. Ein zweites, nicht minder wichtiges Syndikat bildet sich durch einen Zusammenschluß der Steinsalzwerke. Hier liegt indirekt ein Druck der Regierung vor, die den Zusammenschluß gefordert hat, um die Interessenten für die Verbrauchsabgabe zu einer zweckmäßigen Organisation zusammenzuschließen. Die Verbrauchsabgabe führte bisher bei einer Gleichmäßigkeit zu einer harten Belastung derjenigen Unternehmungen, die ungünstig in ihrer Produktion standen und bevorzugte die besser gestellten. Die Regierung hat den Interessenten nahegelegt, die Salzabgabe selbst auf ihre Betriebe umzulegen je nach der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und dabei zugleich auch die Absatzgebiete zu regeln, um möglichst Frachtersparnisse eintreten zu lassen. Wir dürfen in einem Zustandekommen dieses Salzsyndikats wohl den ersten Versuch sehen in der Durchführung eines Steuersyndikats. Die Regierung würde dann von dem Syndikat einen bestimmten Betrag nach der Höhe seines Umsatzes als Steuer fordern, aber, wie schon bemerkt, die Umlage dieser Steuer den Interessenten selbst überlassen. In diesem Falle wird man gegen diese Art der Steueraufbringung nichts einwenden können. Nur scheint es uns verfehlt, zu glauben, daß für alle Industrien eine ähnliche Organisation in der Steueraufbringung durchführbar wäre. Immerhin der erste Versuch bei einer Industriegruppe, die gewisse günstige Bedingungen bietet, wird Gelegenheit bieten, Erfahrungen zu sammeln über die Ausdehnung einer solchen Steuerumlage auf andere Industrien.

Geld macht Sorgen.

von Dr. Alfred Striemer.

Wenn Millionen Menschen im härtesten Kampfe stehen, um den Arbeitslohn mit Riesenschritten vorwärts eilenden Teuerung auszugleichen, weil eben das Geld nicht mehr ausreicht zum nackten Lebensunterhalt, dem möchte man nicht glauben, daß so vielen Menschen ihr Geld so große Sorgen bereiten kann. Und doch ist es der Fall. Arbeitslohn verdient der arbeits-

fähige und Arbeit findende Arbeiter. Aber neben ihnen leben Millionen aus den verschiedensten Ursachen nicht mehr oder nur noch teilweise arbeitsfähige Volksgenossen, die Geldeinkommen als Renten oder Zinsen beziehen, die feststehen, also der Teuerung nicht folgen. Nicht nur die Spieler, die sich an jeden Tisch legen und dem Spielteufel frönen, die auf Rennbahnen ihr Glück suchen oder sich an Börsengeschäften beteiligen, haben den Wetteingewonnen ihr Geld gegeben, nein, Invaliden der Arbeit und des Krieges haben ihr Geld dorthin gebracht in der Hoffnung, es vielleicht doch schnell vermehren zu können und die Notlage zu überwinden. Ihre Zahl ist, wie wir wissen, nicht gering.

Die Valutaspekulation ist heute nicht mehr das Geschäft von berufsmäßigen Börsianern; immer größer wird die Schicht der Börsenspekulanten, angereizt durch die gewaltigen Gewinne durch Kurssteigerungen, die die Zeitungen täglich belannt geben. Die Zahl der kleinen Bankiers, die das breite Publikum zum Börsenspiel anregen, wächst, und der Versuchung unterliegen täglich mehr.

Die Geldflut steigt weiter und weiter, weil das Reich immer neue Zahlungsmittel sich schaffen muß, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die schwebende Schuld beläuft sich bereits auf 207 Milliarden Mark, der Geldnotenumlauf auf 89 Milliarden Mark. Die Folge dieser ungeheuren Geldmacherei ist der Tiefstand unseres Geldwertes. Am 27. September kostete ein amerikanischer Dollar von 4,20 Mt. Friedenswert 125 Mt., das Goldstück bezahlt die Reichsbank mit 450 Mt.

In dem Maße aber, wie der Geldwert sinkt, wächst die Sorge für viele, viele Menschen, wie sie ihr Geld anlegen sollen, um die sinkende Kaufkraft desselben ausgleichen zu können. Die abnehmenden Arbeitslosenziffern lassen die steigende Beschäftigung der Industrie deutlich erkennen. Hier aber wird stark auf Lager vorrat gearbeitet, weil große Kapitalien sich nur in Auslandswechsel, in Devisen, flüchten, um sich vor Entwertung zu schützen, sondern auch in die Herstellung von Waren, deren Preise voraussichtlich erheblich steigen werden. Allerdings besteht vielfach sehr dringlicher Bedarf. So entspricht z. B. die Zementlieferung bei weitem nicht den Anforderungen des sehr lebhaften Baumarcktes. Hauptsächlich infolge Waggonmangels. Die Schuh- und Bekleidungsindustrien sind außerordentlich stark beschäftigt.

Die jetzige starke industrielle Tätigkeit ist in erheblichem Umfang angeregt durch die „Sorge um das Geld“, das der Kapitalist durch die Umwandlung in Ware vor weiterer Entwertung schützen will. Der Mißschlag kann daher nicht ausbleiben, zumal die Kaufkraft des Reallohnes ja sinkt.

Da das Geld, das wir heute haben, kein echtes ist, sondern Surrogat, Ersatzmittel, so zehrt das Volk zum größten Teil seine Sachgüter, sein Kapital, auf, weil eben nicht in dem Maße, wie Geld in den Verkehr gebracht wird, neue Güter, die dem Tauschmittel gegenüber stehen, ebenfalls erzeugt werden. Trotz des großen Papiergeldreichtums werden wir ärmer und ärmer.

Nur ein Rettungsweg steht uns offen, der Wegweiser trägt die Aufschrift „Planwirtschaft“, nicht nur, weil wir mit äußerster Sparsamkeit wirtschaften, sondern weil wir die Produktionsmittel und Kapitalien, die uns heute noch gehören, mit höchster Vollendung der Arbeitsmethoden nutzbar machen müssen. Der „Sorge um das Geld“ werden wir enthoben, wenn wir es in eine planmäßig geführte Wirtschaft zur Fruchtbarmachung hineinstecken. Jeder Arbeitergroßchen gehört dorthin hinein. Und was gehört dazu, um diesen Weg beschreiten zu können? Der einige und starke Wille der Arbeiterschaft, sich auf dieses klare und bald erreichbare Ziel zu konzentrieren. Ueber Hunderte und Tausende Dinge wird in Arbeiterkreisen und in Arbeiterversammlungen geredet, aber an der wichtigsten Aufgabe, an dem positiven Ziel, redet man vorbei. Muß die Not des Volkes immer weiter steigen, bis man zur Einsicht kommen wird? Wehe uns, wenn die Stunde verpaßt ist, wenn es nur noch heißt: „Zu spät!“

Gewerkschaftler, unterstützt den Ausbau der Konjungenossenschaftlichen Eigenproduktion!

Der Genossenschaftsgedanke hat im Laufe der Jahre reiferlichertweil. Auch in den Gewerkschaftskreisen immer tiefere Wurzeln geschlagen, und dennoch kann das vorliegende Ergebnis nicht denjenigen befriedigen, der eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann für möglich hält, wenn an Stelle der bisher regellosen Profitwirtschaft die gemeinnützige Bedarfsdeckungswirtschaft zur vorherrschenden Wirtschaftsform geworden ist.

In der Vorkriegszeit haben sich wiederholt die deutschen Arbeiterparlamente mit Konjungenossenschaftsfragen beschäftigt.

wahrscheinlich sind insbesondere der Kölner Gewerkschaftskongress 1905 und der Hamburger Gewerkschaftskongress 1908. Der letztere unterwarf noch einmal den Beschluß von 1905, „daß jedes Gewerkschaftsmitglied verpflichtet sei, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch seinen Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aufs tatkräftigste zu unterstützen usw.“ Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung spricht dafür, daß dieser Appell nicht ohne Wirkung blieb, wie folgende Gegenüberstellung aus der Entwicklungsgeschichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ergibt:

	Mitgliederzahl	Beschäftigte Personen	Gesamtumsatz Mt.	Eigenproduktion Mt.
1905 . .	718 582	9 587	280 555 260	20 878 598
1910 . .	1 169 729	18 748	429 391 261	64 856 248
1914 . .	1 706 022	80 144	691 404 552	129 256 651
1920 . .	2 724 704	40 498	4 228 188 535	560 907 853

Stellt man diesem gegenüber in Vergleich, daß inzwischen die Zahl der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaftsmitglieder auf ca. 8 Millionen angewachsen ist, so erscheint die Zahl der im Zentralverband deutscher Konsumvereine vereinigten Mitglieder von ca. 3 Millionen verhältnismäßig gering. Die britische Arbeiterschaft hat schon seit langem und in erheblich größerem Maße den Wert und die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung erkannt, verfügen doch die englische und die schottische Großeinkaufsgesellschaft über nicht weniger als 181 eigene Fabriken und umfangreichen Kolonialbesitz in fast allen Erdteilen. Trotz der erheblich geringeren deutschen Genossenschaftserfolge fordert erneut die deutsche Krämerpresse ihre Standesgenossen zum Kampfe auf gegen die ausblühende Konsumvereinsbewegung, indem sie schreibt: „Bereits ein Viertel der deutschen Bevölkerung sei konsumgenossenschaftlich organisiert. Konsumvereine und ihre Bestrebungen müssen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpft werden! Deutscher Kaufmann, rüste Dich zur Gegenwehr!“

„Die Konsumvereine leiden augenblicklich unter den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung und der ins Ungemessene gewachsenen Geschäftsunkosten. Kollegen! Wehrt Euch gegen Konsumvereine und sonstige Widersacher unseres Standes! Kollegen! Denkt an Eure Zukunft und die Eurer Kinder! Laßt kein Mittel unversucht, Euren Besitz zu erhalten!“ — Das heißt auf gut Deutsch: „Werttätiges Volk, rüttelte nicht an dem vermeintlichen Recht der Krämer, sich auf Kosten der Verbraucher zu bereichern.“ — Im trassen Widerspruch zu dem Kampfruf der sich bedrängt fühlenden Krämerseelen stehend, finden wir in der Zeitschrift „Die Freiheit“ einen Artikel, betitelt „Die Entente und wir“, in welchem der Freiherr v. Herman, Legationsrat a. D., schreibt: „Schließt Euch doch endlich zusammen, Ihr deutschen Werttätigen, in Eurer Eigenschaft als Verbraucher! Fragt als in Massen organisierter Verbraucher in Eurer Genossenschaftsläden die Millionen und Milliarden, die Ihr bei Zehntausenden von Krämeren unnütz verzettelt! Sorgt in Euren rein demokratischen Konsumgenossenschaften dafür, daß ihre Eigenproduktion mit doppelter und dreifacher Beschleunigung emporschnecke! — In den auf der Grundlage des organisierten Verbrauchs rasch entstehenden Genossenschaftsfabriken werdet Ihr die systematische Ordnung, die denkbar vollkommenste Organisation in die eigene Hand nehmen. Praktische Beispiele des genossenschaftlichen Wollens und Könnens lieferten uns bereits der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, die mit ihren mehr als 1300 angeschlossenen Genossenschaften jetzt schon Milliardenumsätze erzielen und gemeinwirtschaftlich im großen Waren erzeugen. Um Größeres zu erreichen, dazu gehört: Der Entschluß der Vielen zum einmütigen Handeln!“

Der Wille zur Tat ist vorhanden, die Pläne zum weiteren Ausbau der Eigenproduktion liegen vor. Die steigende Geldbewertung erfordert hierfür gewaltige Mittel. Die Ausdehnung der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung und Verteilung liegt im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften!

Zur Aufbringung der notwendigen Mittel hat die Großeinkaufsgesellschaft eine Obligationenanleihe aufgelegt in Form von Teilschuldverschreibungen, welche in Stücken von 500, 1000, 5000 und 10 000 Mt. bei einer Verzinsung von 5½ Proz. herausgegeben werden. Prospekte sind in allen Konsumvereinen des Zentralverbandes zu haben oder einzufordern von der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52.

Gewerkschaftler! Liefert Eure verfügbaren Gelder nicht dem Privatkapital aus, sondern stellt diese Eurer eigenen Genossenschaftszentrale für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Beweist durch die Tat, daß Ihr ernstlich gewillt seid, den praktischen Sozialismus zu fördern!

Aus unserem Beruf.

Blantenhain. Die Zahlstelle Blantenhain steht seit 4. Oktober im Streit. Bis heute sind in beiden Betrieben die Mitglieder der Zahlstelle auf den Forderungen von 75 Proz. und 100 Proz. stehen geblieben. Keine Schiedsmittel der Unternehmer können uns von unseren berechtigten Forderungen abbringen.

Die wirtschaftliche Lage ist durch die sich stets aufwärts bewegende Leuerungswelle eine derartige, daß unsere Forderungen durch die Steigerung der Lebens- und Bedarfsartikel in Kürze wettgemacht werden.

Elmshorn. Der Streit hier am Orte nimmt einen glänzenden Verlauf. Geschlossen und einig steht alles bis auf den letzten Mann hier im Kampfe und auch die schönsten Lockungen des Unternehmers können keinen wankelmütig machen. Als Streifbrecher haben sich nur ein paar Angestellte, die treuen Stützen des Kapitals, hergegeben. Sie denken durch diese „ehrende“ Tätigkeit sich ganz besonders beliebt bei der Firma zu machen. Die Arbeiterschaft wird sich dieselben ins Gedächtnis auf Nievergessen einprägen und ihnen nachher die gebührende Achtung entgegenbringen.

Wir treten nicht eher vom Kampfe zurück, bis wir im Lohn wieder in die Reihe der örtlichen anderen Arbeiter eingereiht sind.

Rönitz. Nachdem die Streikleitung der hiesigen Porzellanarbeiter infolge Propagierung der Arbeitgeber jegliche Notstandsarbeiten abgelehnt hat, ereignete sich folgender Vorfall am hiesigen Bahnhof: Die Streikposten machten am 14. Oktober die Mitteilung, daß zwei Streikarbeiter einen Waggon Ton entladen. Die Untersuchung der Streikleitung ergab nachstehendes Bild: die Ausladung erfolgte auf Veranlassung des Bahnvorstehers Pfeiffer. Er ordnete an, der Ton soll auf bahnsitzalischen Boden geworfen werden, leider fiel er in die Wagen der Firma Gebr. Mezel. Ja, sind denn die Wagen der Firma Gebr. Mezel bahnsitzalischer Boden? Noch bedauerlicher ist, daß Beamte der Porzellanfabrik, welche jetzt im Werkmeisterverband organisiert sind, sich so tief erniedrigen und Arbeit verrichten, die Streifbrecherarbeit ist. Arbeiter, Beamte, übt Solidarität, unterstützt uns in unserem berechtigten Kampfe, laßt Euch nicht länger vom Unternehmertum an der Nase herumführen.

Magdeburg. Auch hier steht die gesamte Arbeiterschaft der Firma E. & C. Carstens seit 7. Oktober im Streit. Die Forderungen, welche die Arbeiter der Direktion unterbreitet hatten, wurden abgelehnt.

Schönwald. Am Montag, den 10. Oktober, vormittags ¼ 11 Uhr, trat die gesamte Arbeiterschaft der Betriebe A.-G. Schönwald und E. A. Müller auf Grund der Ablehnung unserer Forderungen in Eisenach in den Streit. War schon die Stimmung infolge des Abstimmungsergebnisses (99,3 Proz. für den Streit) gut, so ist jetzt zu bemerken, daß der feste Wille, unsere Forderungen durchzudrücken, noch besteht resp. noch größer geworden ist. Ueberall zeigt sich freudige Opferbereitschaft.

Von seiten der Unternehmer versuchte man, die Öffentlichkeit gegen die Streikenden ungünstig zu beeinflussen. In der Ortszeitung erschien ein Gesandter der Unternehmer, worin der Arbeiterschaft die Verantwortlichkeit für den Streit zugeschoben wurde, da die Forderungen bis zu 120 Proz. betragen hätten, die Unternehmer dagegen hätten uns 20 Proz. und 25 Proz. bewilligt. Solche „Angaben“ haben natürlich kurze Beine. Nach wie vor besitzen die Streikenden die Sympathie der Bevölkerung. Von unserer Seite wurden natürlich diese Behauptungen der betreffenden Arbeitgeber ins richtige Licht gerückt. Unsere Arbeiterschaft läßt sich auch durch derartige Sophistereien nicht beeinflussen, sie ist sich über den Zweck ihres Kampfes klar, angesichts der erhöhten Profite der Unternehmer sich wenigstens eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen.

Schönwald. Die hiesige Arbeiterschaft steht nun die dritte Woche im Streit mit Ausnahme von drei kleineren Betrieben, welche die Forderungen bewilligten und sich bereit erklärt haben, nach dem kommenden neuen Tarif zu bezahlen. Die Kampf Stimmung hat noch keine Einbuße erlitten. Ueberall zeigt sich straffe Streikdisziplin der Arbeiterschaft. Auch über die Angestellten ist nichts ungünstiges zu berichten. Die Arbeiterschaft wird ihre Forderungen durchsetzen.

Soran. Zum Streit der Porzellanarbeiter wurde uns dieser Tage folgender Vorfall gemeldet: Streikende beobachteten, daß in dem Betriebe gearbeitet wird. Einer der streikenden Porzellanarbeiter erkundigte sich daraufhin bei dem Betriebsleiter Herrn Fiedler, ob wirklich in dem Betrieb gearbeitet wird. Da dies festgestellt werden konnte, drohte im Verlauf der Aussprache der Herr Betriebsleiter mit dem Revolver. Herr Fiedler scheint wirklich noch in vorkriegszeitlicher Zeit zu leben, wo es ja bekanntlich erlaubt war, streikende Arbeiter mit dem Schießprügel sich vom Halbe zu halten. Der Herr Betriebsleiter scheint auch wirklich noch nicht zu wissen, daß das Tragen von Waffen verboten ist und wir glauben

anzunehmen, daß er einen Erlaubnischein nicht besitzt. Die Polizeibehörde wird wohl dafür sorgen, daß Herr Fiedler diese Waffe nunmehr abgeliefert. Dieser Vorfall hat die Belegschaft und weite Kreise der Arbeiterschaft derartig erregt, daß es unbedingt notwendig ist, daß Herr Fiedler aus dem Betriebe entfernt wird.

Windisch-Gschenbach. Seit dem 12. Oktober stehen auch hier sämtliche Kollegen im Streit und ist kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen.

Gewerkschaftliches.

Die Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam)

sind in zweiter, erweiterter Auflage erschienen. (Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. O. 16, Engelauer 24. 64 Seiten. Preis im Buchhandel 4,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder durch die Organisation bezogen 2,25 M.) Diese Schrift, die jeder Gewerkschaftler eigentlich stets zur Hand haben muß, enthält als neues den Organisationsvertrag zwischen dem ADGB und dem IGB, ferner die Richtlinien der beiden großen genannten Spitzenverbände für die örtliche Zusammensetzung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte und Erläuterungen zu deren Gruppeneinteilung. Ein ausführliches Sachregister erhöht die Uebersichtlichkeit.

Die Gewerkschaften der Welt. Die August-Nummer der „Internationalen Arbeitsrundschau“, der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachweisungen, welche die Gewerkschaften den Regierungen ihrer Länder machten, oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verlässlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genügen mußten. Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	— ¹⁾	478 000	750 000
Australien	498 000	628 000	684 000
Belgien	200 000	715 000 ²⁾	920 000
Bulgarien	30 000	36 000	36 000 ³⁾
Dänemark	152 000	360 000	400 000
Deutschland	4 513 000	11 900 000	13 000 000
Finnland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000 ³⁾
Griechenland	— ¹⁾	170 000	170 000 ³⁾
Indien	—	500 000 ²⁾	500 000
Italien	972 000	1 800 000	8 100 000
Japan	—	247 000	247 000 ³⁾
Kanada	176 000	378 000	374 000
Niederlande	189 000	457 000	688 000 ³⁾
Neuseeland	72 000	83 000	83 000 ³⁾
Norwegen	64 000	144 000	142 000
Oesterreich	260 000	803 000	830 000
Polen	— ¹⁾	350 000 ²⁾	947 000 ³⁾
Portugal	— ¹⁾	100 000	100 000 ³⁾
Rumänien (altes Gebiet)	10 000	75 000	90 000
Rußland	—	8 639 000	5 220 000
Serbien	9 000	20 000	20 000 ³⁾
Südafrika	5 000	60 000	60 000 ³⁾
Spanien	— ¹⁾	876 000	876 000
Schweden	136 000	338 000	400 000 ³⁾
Schweiz	95 000 ²⁾	200 000 ²⁾	292 000
Tschechoslowakei	— ¹⁾	1 301 000	2 000 000 ³⁾
Ungarn	115 000 ²⁾	212 000	343 000 ³⁾
Vereinigtes Königreich (Großbritannien-Irland)	4 173 000	8 024 000	8 024 000 ³⁾
Vereinigte Staaten von Amerika	2 722 000	5 607 000	5 179 000
Zusammen (30 Länder)	16 152 000	42 040 000	48 029 000

¹⁾ Angaben nicht vorhanden. — ²⁾ Schätzungen. — ³⁾ Zahlen für 1919.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 361 000 oder 82 Proz. auf europäische Länder entfallen. Von den 7 679 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 987 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; diese Länder, nämlich: Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 22 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen während es in den anderen 24 Ländern deren nur 8 3/4 Millionen gab. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich, weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf; das

sind 66 Proz. der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Ueberblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern, und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

hat seit Beginn dieses Jahres bis Ende September 564 Lohnkämpfe geführt; daran waren 18 979 Zimmerer beteiligt. In 225 Fällen davon mit zusammen 784 Zimmerern handelte es sich um Beteiligung von Mitgliedern an Lohnkämpfen anderer Berufe. 339 Lohnkämpfe mit 18 195 Zimmerern waren Kämpfe im eigenen Beruf. Zur Führung und Unterstützung der Lohnkämpfe im Laufe dieses Jahres wurden bis jetzt 3 444 575 M. aufgewendet.

Noch sind nicht alle Lohnkämpfe abgeschlossen, sondern erst 457. Davon waren 418 mit 8625 Beteiligten Angriffstreiks und 39 mit 3237 Beteiligten Aussperrungen. Vollen Erfolg hatten 317 Lohnkämpfe mit 10 868 Beteiligten, teilweisen Erfolg 7 Lohnkämpfe mit 254 Beteiligten, während 22 Lohnkämpfe mit 349 Beteiligten ohne Erfolg beendet werden mußten. Von 111 Lohnkämpfen, und zwar solchen anderer Berufe, voran 391 Zimmerer beteiligt waren, ist der Ausgang unbekannt geblieben.

Die bisher abgeschlossenen Lohnkämpfe brachten für die Beteiligten einen Verlust von 135 518 Arbeitstagen, einen Lohnverlust von 6 277 792 M. Der Erfolg der Kämpfe besteht für 16 455 Beteiligte in einer Lohnverbesserung von zusammen 497 372 M. die Woche. — Für den Zimmererverband war trotz des Bestehens von Tarifverträgen das laufende Jahr reich an Kämpfen. Ein Beweis, daß der Verband nach Kräften bemüht gewesen ist, die wirtschaftliche Not seiner Mitglieder lindern zu helfen.

Vermischtes.

Ungleichheiten und Härten bei Invalidenrentenbezug. Die neuen Bestimmungen der Invalidenversicherung sind in Kraft getreten. Eine Erhöhung der Renten ist für die bisherigen Bezüher nicht damit verbunden. Damit ergibt sich das ungünstige Resultat, daß eine Anzahl von Rentenbeziehern, deren Renten nach den neuen Bestimmungen festgelegt werden, bedeutend ungünstiger gestellt werden, während andere wesentlich besser wegkommen. Das wird in Nr. 9 der Arbeiterrechts-Beilage des „Korrespondenzblattes“ vom 10. September auf den Seiten 70 und 71 nachgewiesen. Aus den dort angeführten Beispielen ergibt sich, daß bei gleicher Beitragsleistung die Wirkung der neuen Bestimmungen eine ganz verschiedenartige ist. So bekommt ein Invalide in den Beispielen nach der neuen Berechnung pro Jahr 20 M. mehr, ein Kriegbeschädigter 500 M. bzw. 860 M. mehr, dagegen ein Altersrentner 240 M. weniger, als andere bei gleichen Leistungen auf Grund der früheren Berechnung beziehen. Diese Ungleichheiten und Härten sind sicher nicht gewollt. Deshalb bedarf das neue Gesetz vom 23. Juli 1921 der schleunigen Abänderung.

Stellt Frauen als Mitarbeiterinnen in die Arbeitsvermittlung ein! Erkennen wir die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau an, und diese Anerkennung bedarf keines Zulages, so haben wir auch die Pflicht, eine gesunde Regelung der Arbeitsvermittlung zu schaffen, und wo wir nicht selber in der Lage sind, sie zu schaffen, eine Regelung immer wieder zu fordern. Das bedingt, daß die Arbeitsnachweise nicht nur eine besondere Abteilung für den Nachweis von Frauenarbeit einrichten, sondern nach Möglichkeit diese Sonderabteilung Frauen zur Bearbeitung übergeben. Es bedarf wohl kaum einer näheren Begründung dieser Forderung. Zwar wird auch der männliche Beamte, zumal wenn er durch Erfahrung der Frau in ihrer Arbeitsart gerecht werden kann, segensreich und erfolgreich für die Frau Arbeitsvermittlung erledigen, immer aber wird eine Frau an gleicher Stelle für die Geschlechtsgenossin bessere Arbeit leisten können. Für die Last, die die arbeitende Frau meistens in Hauswirtschaftlicher Mutterschaft und Erwerbsarbeit zugleich trägt, nicht nur verständlich, sondern in besonderem Maße nachfühlbar. Sie kann diese Last teils mitempfinden und wird daraus starke Antriebe und Erkenntnisse bei ihrer Vermittlungsarbeit gewinnen, die ein richtiges Einstellen der Frauenkräfte an die Plätze der Volkswirtschaft, die sie ausfüllen können, bewirken. Das hebt die Mitarbeit der Frau und weist ihr neue Bahnen. Nun werden freilich nicht alle Arbeitsnachweise nicht immer weibliche gutgeschulte Mitarbeiterinnen zur Verfügung haben, so großer Wert auch auf ihre Beteiligung zu legen wäre. In Großstädten und in Arbeitsnachweisen von großem Umfange dagegen sind fast ausnahmslos weibliche Kräfte zur Arbeit in den Arbeitsnachweisen zu erhalten. Gewerkschafter auch Frauen, die soziales Gefühl und den Wunsch zur

heit auf dem besagten Gebiete haben, am besten ihre praktische Lehrzeit durchmachen. Eine gründliche Durchbildung ist natürlich erforderlich, um eine wirkliche segensreiche Arbeit auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung für die Frau zu leisten. Lotte Köller.

Eine Erhebung über die Ausbildung der Arbeitsnachweissbeamten. Die wissenschaftliche Leitung des Seminars für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung in Münster i. Westf. hat den Assistenten des Seminars, Dr. Willde, damit beauftragt, eine Erhebung über die Ausbildung der Beamten und Angestellten der Arbeitsnachweise und Berufsämter zu veranstalten, um damit, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, diese so lebhaft erörterte Frage klären zu helfen und eine sachgemäße Lösung vorzubereiten. Die Erhebung geht auf Tatsachen und Vorschläge ein. Bei den Tatsachen soll einerseits erfasst werden, welches der tatsächliche Zustand ist und mit welchem Ausbildungsgange die Beamten und Angestellten der Arbeitsnachweise in ihren Beruf hineingekommen sind. Es sollen auch Gutachten darüber gesammelt werden, welche Erfahrungen mit den nach ihrer Vorbildung den verschiedensten Berufskreisen entstammenden Arbeitsnachweisleuten gemacht worden sind, und welche Laufbahn sich am meisten empfiehlt. Andererseits handelt es sich darum, einen tatsächlichen Ueberblick darüber zu gewinnen, was zur Verbesserung der Ausbildung bisher versucht und geleistet worden ist. Im Anschluß daran werden Vorschläge über die Anforderungen erbeten werden, die an die Ausbildung der in den Arbeitsnachweisen beschäftigten Personen gestellt werden müssen.

Die Krebskrankheit. In den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes ist (Nr. 33, 1921) ein Krebsmerkblatt zur Aufklärung des Volkes über die Krebskrankheit abgedruckt. Der Krebs ist, so heißt es da, kein unheilbares Leiden. Es kann bei frühzeitiger Erkennung durch ärztliche Maßnahme geheilt werden. Er ist aber in seinen Anfängen schwer zu erkennen, und gerade deswegen ist es nötig, möglichst frühzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Deshalb ist es auch notwendig, daß die Menschen mehr auf jede Veränderung am Körper achten und die so häufig bei Fehlen von Schmerzen geübte Gleichgültigkeit aufgeben. Die Vorbeuge ist das beste Mittel zur Verhütung des Krebsleidens. Diese Warnung ist besonders vom Proletariat zu beachten. Bekanntlich ist der Krebs für viele Proletarier eine Berufskrankheit. Dann aber leiden auch die Proletarierfrauen in erhöhtem Maße unter Krebs. Das hat auch Weinberg in der Zeitschrift für Krebsforschung bewiesen. Er hat nämlich die Häufigkeit festgestellt, mit der Männer verschiedener wirtschaftlicher Stellung ihre Ehefrauen an Krebs verlieren. Danach starben von den Frauen an Krebs bei den wohlhabenden Männern nur 77, bei den minderbemittelten Männern aber 143. Die Krebssterblichkeit ist danach in den unteren sozialen Schichten doppelt so groß als in den oberen. Das beweist uns wieder, wie wichtig unser sozialer Kampf ist. Über es ist immerhin erfreulich, daß der Krebs bei rechtzeitiger Feststellung doch heilbar ist. Darum sollte die Warnung des Reichsgesundheitsamtes von allen Proletariern wohl beachtet werden.

Einen Unfallvertrauensmann verlangt Dr. Fischer im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“. In jedem Betriebe sollen ein oder mehrere Vertrauensleute durch die Betriebsarbeiterschaft gewählt werden, und diese Vertrauensleute sollen die im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Aufgaben der Betriebsräte mit erfüllen helfen.

Gewerbehygiene. Durch einen Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt wird die ärztliche Untersuchung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Bleiarbeiter angeordnet. Ferner ist für sämtliche deutschen Staaten eine amtsärztliche Untersuchung und Begutachtung von Kraftwagenführern bestimmt worden. Es ist erfreulich, wenn man bei den mangelhaften Zuständen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene auch einmal von kleinen Fortschritten hören kann. Die Entwicklung steht nicht still.

Alkohol und Invalidenrente. In der von Prof. Gonser herausgegebenen wissenschaftlich-praktischen Vierteljahrsschrift über die Alkoholfrage bringt der Geheimmedizinalrat Dr. Beninde eine Arbeit, in der er unter anderm auch auf die Zusammenhänge zwischen vermindertem Alkoholkonsum und Verminderung der Invalidenversicherungsbenutzung hinweist. Im Jahre 1914 wurden 71 Invaliden- und Krankenrenten wegen Alkoholismus bewilligt; im Jahre 1917 aber nur noch 47 wegen des durch die Kriegsverhältnisse zurückgegangenen Alkoholkonsums. In Heilverfahren übernommen wurden 1914 507 und 1917 nur noch 4. Das ist im so bemerkenswerter, als ein allgemeiner Rückgang der Invalidenrenten in dem bezeichneten Zeitraum nicht stattgefunden hat.

Tuberkulose und Beruf. Dr. Alfons Fischer bringt in den „Sozialhygienischen Abhandlungen“ eine Arbeit über Tuberkulose und Umwelt. Daß die ländlichen Bezirke und Berufe sich bezüglich der Tuberkulosesterblichkeit und Invalidität infolge Tuberkulose günstiger stellen als die industriellen, ist schon öfter festgestellt worden. Auch hat Fischer abermals festgestellt, daß die Tuberkulose-

sterblichkeit bei steigendem Einkommen, steigender Lebensversicherung, großer Wohnung, bei selbständigen und gesunden Menschen niedrig ist. Einen weiteren Beweis für die Zusammenhänge zwischen Tuberkulose und Umwelt zieht Fischer aus einem Vergleiche mit England. Dort ist die Sterblichkeit an Lungentuberkulose seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts immer mehr gefallen, und zwar mehr als in Preußen und Bayern. Dabei sind aber auch die Preise für Lebensmittel dort andauernd gesunken, während sie bei uns eine steigende Tendenz hatten. Und da die Nahrungsmittelpreise gerade im Haushalte der Arbeiter eine ausschlaggebende Rolle spielen, so ist der schädliche Einfluß der Lebensmittelpreise auf die Tuberkulose des Proletariats wohl begreiflich.

Versammlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Was hat die Weimarer Verfassung der Arbeiterschaft gebracht? Zu diesem Thema war für die Zahlstellenversammlung am 20. Oktober der Abg. E. Heilmann als Referent gewonnen. In fesselnder Weise gab Redner einen kurzen Ueberblick über die für den Arbeiter wichtigsten Paragraphen der Verfassung, die „sehr viel kritisiert und wenig gelesen“ wird. An erster Stelle steht der Satz: Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt liegt beim Volke. An diesem liegt es nun, von seinem Recht den zweckmäßigsten Gebrauch zu machen. Aus diesem Grunde bleibt es auch bedauerlich, wenn einzelne Volksteile bei Wahlen ihre Pflicht vernachlässigen. Heute ist, im Gegensatz zur Zeit der Monarchie, jede Wahl von ausschlaggebender Bedeutung. Die Staatsgewalt verkörpert sich heute allein im Volksparlament. Die Wahl des ersten Reichsbeamten durch das Volk, und vor allem das Referendum, erhöht den Einfluß des Volkes auf die gesamte Politik. Das Reich ist auch in der neuen Verfassung föderalistisch; nur bei der Eisenbahn, Post, bei den Wasserstraßen und bei der Einkommensteuererhebung ist die Vereinheitlichung vollzogen. Bei der Frage der Steuern erörterte der Referent kurz einige aktuelle Probleme. Er wies nach, daß jede Geldentwertung ohne Ausgleich für den gegen Lohn oder Gehalt Arbeitenden bleibt. Somit ist auch die Steuerkraft dieser Schichten, die täglich weniger in der Lage sind, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu erfüllen, eng begrenzt. Die Erfassung der Gold- und Sachwerte zeigt hier einen neuen Weg, der unbedingt gegangen werden muß. Der Redner bespricht weiter die Artikel 157, welcher die Arbeitskraft dem Schutz des Reiches unterstellt, und Artikel 158, der die volle Koalitionsfreiheit gewährleistet, dem Arbeiter ebenso wie dem Beamten. Der Artikel 165 handelt über die Betriebsräte, die somit gesetzlich verankert sind. Mit dem gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre und der Festlegung des achtstündigen Arbeitstages ist die Reihe der für uns wichtigsten Punkte erschöpft. Aufgabe der Organisationen bleibt es, weiterhin das zu erreichen, was die Weimarer Verfassung uns nicht gebracht hat. Die Arbeitermehrheit des Industriestaates Deutschland muß den politischen Einfluß erlangen, der es ihr ermöglicht, die Verfassung im Interesse der schaffenden Massen auszugestalten. Für die wirtschaftliche Notlage, in der wir uns befinden, ist keineswegs, wie rechtstehende Kreise glauben machen wollen, die Verfassung der Republik verantwortlich. Auch in den Siegerstaaten machen sich die Kriegsfolgen wirtschaftlich unangenehm bemerkbar.

Zu den Aufgaben, die noch der Erfüllung harren, gehören weiter: Gründliche Justizreform, vor allem Beilegung der Unabsehbarkeit der Richter, Reinigung des Beamtenkörpers. Dazu ist nötig die Heranbildung befähigter Köpfe aus den Reihen der Arbeiterschaft. Wenn wir mit unseren Führern in öffentlichen Stellungen auch im allgemeinen gute Erfahrungen machten, so ist doch im Interesse eines merklichen Einflusses nötig, mehr als bisher Leute mit freierlicher und sozialistischer Gesinnung in die Ämter und vor allem in die Verwaltung zu entsenden.

Die Sozialisierung darf keine bürokratisch geleitete Staatsbetriebe bringen. Ein lebendiges Beispiel für die sozialistische Wirtschaftsform und zugleich für die in der Arbeiterklasse schlummernden Fähigkeiten dürfen uns die Genossenschaften sein. Je mehr Einigkeit und Wissensdurst vorhanden ist, desto leichter wird die Arbeiterschaft zum Ziele gelangen. Verfassungen, auch die demokratischsten, sind stets nur Form, nie Erfüllung. Dieser Form den Inhalt zu geben, der den Interessen des schaffenden Volkes entspricht, muß unsere Aufgabe sein.

An das Referat, dem starker Beifall gezollt wurde, schloß sich eine kurze Diskussion, in der Gen. Heilmann verschiedene Fragen beantwortete. — Im geschäftlichen Teil ersuchte Kollege Schulze die Unterfasserer die während des Streiks zu erhebenden Extrabeiträge möglichst schnell zu fassen. In der Diskussion wurde die Frage unseres Beitragswesens und die der Industrieverbände angeschnitten. Kollege Wegel gibt einen kurzen Ueberblick über die letzten Vorgänge und hofft, daß bald ein neuer Reichstarif zustande kommen wird. Kollege Schulte appelliert an die Opfermüdigkeit der Kollegenschaft. Die jetzige Bewegung sei, daß noch eine ganze Reihe von Unorganisierten vorhanden war, der das Vorgehen der Unternehmer nun einen Begriff von dem Wert der Organisation beibrachte. — Nach Erledigung einiger Angelegenheiten unter „Verschiedenes“ erreichte die Versammlung ihr Ende. S. R.

Schweidnitz. Die am 14. Oktober abgehaltene Monatsversammlung war von 60 Mitgliedern besucht. Der Kassier gab den Kassenbericht vom 3. Quartal; die Revisoren gaben bekannt, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Der Kartellbericht vom 15. September enthielt ebenfalls wichtige Mitteilungen. In erster Linie wurde der verunglückten Kollegen und der Opfer der Katastrophe in Oppau gedacht, für welche eine Sammlung veranstaltet wurde. Auch zur Rußlandhilfe wurde aufgefordert, reichlich Spenden zu wollen. Ebenso wurden die Mitglieder ermahnt, sich mehr dem Konsumverein anzuschließen, um so den Preistreibern etwas mehr Einhalt zu bieten.

Nachdem kam nun der nächste Punkt unserer Tagesordnung — einer der wichtigsten — und das war die Aussperrungsfrage. Diese Frage wurde nun vom Vorsitzenden gründlich besprochen und den Mitgliedern die Mahnung gegeben, nur weiter ruhig und geschlossen auszuhalten, und den Anweisungen des Vorstandes genau Folge zu leisten. Die drei vom Hauptvorstand zugesandten Schriftstücke wurden den Anwesenden vorgelesen und mit Ruhe entgegengenommen. Hierauf folgte eine längere Diskussion, welche sich teilweise scharf entwickelte. Es wurde sogar der Antrag gestellt, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, falls die Aussperrung noch erfolgen sollte, bei den nächsten Verhandlungen event. Nachzahlung der arbeitslosen Tage zu verlangen. — Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Betriebsangelegenheiten geregelt, wobei auch wegen unkollegialen Verhaltens eines (Kollegen) Mitgliedes scharf Stellung genommen und event. Ausschluss aus unserem Verbands verlangt wurde. Der Betriebsrat erklärte sich bereit, hierüber mit der Firma Stellung zu nehmen, um weitere Unlieblichkeiten im Betriebe zu vermeiden. Hierauf dankte der Vorsitzende den Anwesenden für den so zahlreichen Besuch und ermahnte die Mitglieder, die Versammlungen auch weiter so zahlreich zu besuchen. B. G.

Versammlungs-Anzeigen.

Diegnitz. Donnerstag, den 17. November 1921, abends 8 Uhr, im „Stern“.

Adressen-Änderungen.

Coburg. Geschäftsführer: Ernst Dalibor, Zübengasse 37.
Frankfurt a. d. O. Kassierer: Wilhelm Brasse, Bergstr. 8.
Wabendorf. Kassierer: Christian Müller, Dr., Albrechts, Goldbachstr. 107.
München-Glabach. 1. Vorsitzender: Josef Ranhausen, Rheydt, Widratherstr. 56; 2. Vorsitzender: Willi Hermes, Neufferstr. 44.
Hattingen. Schriftführer: Alfred Eisenhut, Industriestr. 1, G.
Schwandorf i. Oberpfalz. Vorsitzender: Adolf Martin, Dr., Gartenheim 84, W. Schriftführer: Peter Schwarz, Gartenheim 88, W. Kassierer: Joseph Eichinger, Wadersdorferstr. 69, R. Revisoren: Franz Giersbed, Jgh., Schulstr. 33, R.; Johannes Krauß, Kesselbeizer, Wadersdorferstr. 66, R.
Weißwasser. Vorsitzender: Johannes Käding, Stz., Forsterstraße 30. Schriftführer: Max Mühle, Brenner, Uckerstr. 2.

Berlin-Charlottenburg.

Die Schildermaler veranstalten am **Sonnabend, den 12. November 1921**, einen Familien-Unterhaltungsabend mit Tanz im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25.

Es ist ein äußerst interessantes Programm aufgestellt.

Seltener Kunstgenuss! Gemütlicher Abend!

Alle Kollegen sind hierzu herzlich eingeladen.

Eintrittskarten gehen den einzelnen Branchen durch ihre Branchenleiter zu.

Außerdem sind Karten in unserem Bureau, Raunhstr. 85, zu haben. Um rege Beteiligung bittet Das Komitee.

Sterbetafel.

Althalbensleben. Fritz Seifert, Schlammereiarbeiter, geboren am 19. Februar 1873 zu Klöckh, gestorben am 14. Oktober an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1919.

Dresden und Umgegend. Emil Hanisch, Dreher, geboren am 20. November 1859, gestorben am 1. Oktober an Lungen Schlag.

— **Anna Lungwitz,** Malerin, geboren am 9. März 1868, gestorben am 12. Oktober an Herzschwäche. Mitglied seit 1906. Mit Frä. Lungwitz verlieren unsere Kolleginnen eine ihrer besten Vertreterin.

— **Ernst Kind,** Lab.-Gehilfe, geboren am 18. Oktober 1851 zu Waldenburg, gestorben am 18. Oktober zu Meissen an Altersschwäche.

Frauenth. Leander Heinze, Maler, geboren am 10. Dezember 1873 zu Rentniz, gestorben am 17. Oktober an Lungenleiden. Mitglied seit 1896.

Hermisdorf. Richard Körbs, Dreher, geboren am 14. Juni 1869 in Eisenberg (S.-A.), gestorben am 29. September in Klosterlausniz an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1917.

Kahla. Edward Wehler, Kistenmacher, geboren am 30. Dezember 1865 zu Lindig, gestorben am 7. Oktober an Lungentzündung. Mitglied seit 1920.

— **Minna Wehler,** Glühbaalarbeiterin, geboren am 28. März 1874 zu Kahla, gestorben am 13. Oktober an Leberleiden. Mitglied seit 1919.

— **Hermann Wittig,** Formengießer, geboren am 6. Juni 1894 zu Kahla, gestorben am 1. Oktober an Herzfehler. Mitglied seit 1920.

Soran. Max Böhm, Glühfüller, geboren am 8. Dezember 1890, gestorben am 13. Dezember infolge einer Operation. Mitglied seit 10. Februar 1919.

Es werden Andenken!

Zweitsmarkt.

Offertriebe, denen kein frankiertes Avert beiliegt, werden nicht weiter vertrieben.

Von nordbayerischer Geschirrfabrik wird ein tüchtiger, gewandter Kießer baldigst gesucht. Es wird besonders Wert darauf gelegt, daß derselbe saubere Einrichtungen liefert.

Offerten unter E. E. an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtiger Gießer auf bessere Figuren, aber nur solcher, kann sich sofort melden. Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit an Plastische Kunst, Breslau
Höfchenstr. 84.

Einrichter und Formengießer für Braugeschirr gesucht. Umverheirateter bevorzugt, da Wohnungsmangel. Angebote an Albert Schiessel Nachf., Breslau, Schwendefeldstr. 10.

Stott und sauber arbeitender Kapselmacher für Cellerkästen und Rundkapseln gesucht. Wohnung mit Gartenland vorhanden. Bewerbungen an die Tonwarenfabrik Schwandorf, Abt. Steingutfabrik Schwarzenfeld (Oberpf.)

Tüchtiger erfahrener Porzellan dreher der Geschirrbrennerei sucht Stellung als Oberdreher. Offerten erbeten unter „N. 4“ an die Red. der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Uebrigens Geschäft dieser Art. Neelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Neelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf.

Elefantenoehren Vorrat erschöpft; neue Sendung wird erwartet. Offertiere hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocasschwämme, das Stück zu 17, 25, 32, 35, 40, 50 Mt.; Levantiner Naturschwämme das Stück 11 und 20 Mt.; feine, weiche prima Neefschwämme, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mt. für Brennerei und Druckerei mittlere, gepreßte flache Hartheadschwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mt.; große, gepreßte prima Hartheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 400 Mt. Acht griechische Pferdeshwämme, kleine, das Stück 5 Mt.; größere 15 bis 25 Mt.; für Steingut- und Tonwarenfabriken. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten. S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 23, Brenzlauerstr. 42.

Cop. 1898. — Beste Bedienung.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art  Preisliste Seifert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.	Gold-, Platin-, Silber- abfälle auf Anfragen
---	---	---

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Kläpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückenstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von Max Haupt, Dresden-A., Königs-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen Emil Theimer, Langenliefen b. Jm., Sph.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Nische, Flaschen Pinsel und Malrückenstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen. Erst-Martin, Rudolfsstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Staunend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhverwand, Birndorf b. Fürth. Sph.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Druck von E. Kaniszewski, Berlin SW., Elisabeth-Ufer 27